

Rede  
des Präsidenten des Deutschen Bundestages,  
Wolfgang Thierse,  
zum Thema  
„Rationalisierung der Zusammenarbeit in  
interparlamentarischen Versammlungen“  
anlässlich der Konferenz der Präsidenten der EU-Parlamente  
am 6. und 7. Mai 2005 in Budapest

Sehr geehrte Vorsitzende,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

insbesondere diejenigen unter uns, die bereits länger diesem Kreis angehören, werden lebhaftere Erinnerungen daran haben, dass wir uns bereits häufiger mit der Frage beschäftigt haben, ob wir, die nationalen Parlamente, unsere internationalen Aktivitäten hinreichend konzentriert und effektiv gestalten. Zuletzt hatte vor Jahresfrist unser italienischer Kollege Casini in seinem Bericht in Den Haag festgehalten:

„Die Parlamente der Union könnten eine sinnvolle Rolle bei der Rationalisierung der interparlamentarischen Foren wahrnehmen. Wenn die Tendenz zur Ausweitung der Austausch zwischen den Parlamenten auch ein gesundes Zeichen für eine wachsende Nachfrage nach Demokratie auf allen Ebenen ist, sollte dieser Anstieg doch auf geordnete und effektive Weise stattfinden und die Gefahr der Energievergeudung und der Schaffung kostspieliger Duplikationen vermieden werden. Eine Debatte unter uns über diese Fragen auf der Grundlage einer Analyse der verschiedenen interparlamentarischen Foren, denen unsere Parlamente angehören, könnte ebenfalls zur Erstellung gemeinsamer Vorschläge führen, die den zuständigen Foren vorgelegt würden.“

Ich kann mich nicht erinnern, dass diese Feststellung damals auf Widerspruch gestoßen wäre. Auch deshalb bin ich gerne der Bitte unserer liebenswerten Gastgeberin, Präsidentin Szili, nachgekommen, für die heutige Tagung einen Bericht über die „Rationalisierung unserer Zusammenarbeit in interparlamentarischen Versammlungen“ vorzubereiten.

Alle unsere Parlamente und Senate entsenden Delegationen in diverse interparlamentarische Versammlungen, wie etwa die Parlamentarische Versammlung des Europarates, die OSZE Parlamentarische Versammlung, die WEU-Versammlung, die NATO Parlamentarische Versammlung, die Euromediterrane Versammlung oder die Interparlamentarische Union, um nur die größten und wichtigsten Versammlungen zu nennen.

Was sind die Aufgaben und Ziele dieser Versammlungen? Aus meiner Sicht haben sie zum einen die Aufgabe, die Ziele der korrespondierenden Regierungsorganisationen im nationalen Parlament und in der Öffentlichkeit bekannt zu machen, diese Ziele zu fördern und ggf. auch über die Einhaltung der jeweils zugrunde liegenden Prinzipien zu wachen. Sie sind aber zum anderen auch Diskussionsforum, um Erfahrungen der Abgeordneten in den verschiedenen Politikbereichen auszutauschen und dadurch eine bessere Kontrolle der Arbeit der Regierungen zu ermöglichen.

Erfüllen die interparlamentarischen Versammlungen diese Aufgabe in geeigneter Weise und zufrieden stellend? In den vergangenen Jahren ist immer wieder Kritik laut geworden, nicht nur aus unserem Kreis, auch aus den Reihen der Parlamentarier selbst, die Mitglieder unserer Delegationen in den diversen interparlamentarischen Foren sind. Diese Kritik reicht im Übrigen bis in die Spitze der jeweiligen Organisationen selbst. Bruce George etwa hat seine Verabschiedung als Präsident der OSZE-PV vor einem Jahr mit einer fulminanten Kritik an den ineffektiven Arbeitsformen dort verknüpft. Beklagt werden die Produktion von Unmengen von folgenlosen Resolutionen in diesen Versammlungen, die Beschäftigung mit ungezählten Themenfeldern sowie fortbestehende Doppelungen und Überschneidungen dieser Themenfelder. Festzustellen ist vielfach auch eine mangelnde Rückkoppelung der Tätigkeit der Delegierten in ihre nationalen Parlamente, ganz zu schweigen von dem verschwindend geringen Bekanntheitsgrad dieser Versammlungen in der Bevölkerung unserer Mitgliedstaaten. Zudem

herrscht in den nationalen Parlamenten Unmut über gelegentlich immer noch erfolgende Neugründungen von interparlamentarischen Foren, die nach einigen Jahren ihren Status in eine interparlamentarische Versammlung mit einem ständigen Sekretariat umwandeln und dadurch nicht unerhebliche Kosten verursachen.

Auch diese Kritik war natürlich Anlass genug für mich, die Berichterstattung zu diesem wichtigen Thema zu übernehmen. Ich habe aus diesem Anlass eine Reihe von Vorgesprächen geführt: bei bilateralen Begegnungen unmittelbar mit einigen von Ihnen, in meinem eigenen Hause mit allen Leitern der Delegationen in den interparlamentarischen Foren. Ich bin in all diesen Gesprächen darin bestärkt worden, dass eine Rationalisierung und Konzentration der Aufgaben unausweichlich sei. Aus diesem vorbereitenden Diskussionsprozess haben meine Mitarbeiter einen Fragenkatalog entwickelt, der Ihnen allen zugegangen ist. Wir haben damit den Versuch unternommen, herauszufinden, wo genau der Veränderungsbedarf gesehen wird.

Ihnen ist vor dieser Konferenz unsere Auswertung dieses Fragebogens, auf den nahezu alle Mitgliedsparlamente bzw. –senate unserer Konferenz geantwortet haben, zugeleitet worden. Insoweit kann ich bzgl. der vielen Einzelergebnisse auf diese schriftliche Unterlage verweisen. Es wäre innerhalb der mir zur Verfügung stehenden Zeit auch gar nicht möglich, diese Vielfalt hier auszubreiten. Erwähnenswert scheinen mir aber doch einige eher generalisierende Resultate zu sein:

1. Nach der überwiegenden Mehrzahl der Antworten erfüllen die verschiedenen interparlamentarischen Konferenzen ihre Aufgaben zufrieden stellend.
2. Eine Mehrheit wünscht ausdrücklich keine Verstärkung der Kontrollfunktion dieser Foren.
3. Eine Mehrheit ist mit der Aufgabenteilung zwischen Europarat und OSZE-PV zufrieden, möchte allenfalls Doppelgleisigkeiten bei der Aufgabenzuweisung z.B. bei Wahlbeobachtungen vermeiden.
4. Es gibt keinen Konsens hinsichtlich der Zukunft der WEU. Viele sehen ihre Funktion mit der Ratifizierung des Europäischen Verfassungsvertrages als erledigt an. Einige wollen sie in neuer Form mit zusätzlichen Aufgaben weiter existieren lassen.
5. Für die meisten Antwortenden scheint das Nebeneinander mehrerer interparlamentarischer Foren im Mittelmeerraum kein Problem darzustellen.

Anrede,

das ist schon ein erstaunlicher Befund, wenn Sie sich erneut den Ausgangspunkt meines Berichts vergegenwärtigen. Sowohl die Befürchtungen des Kollegen Casini als auch meine eigenen scheinen also durchaus grundlos gewesen zu sein. Ich könnte also einigermaßen zufrieden das Kapitel dieses Berichts mit der Schlussbemerkung schließen, dass offenbar alles zum Besten bestellt ist.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, so einfach möchte ich es mir doch nicht machen, schließlich wissen die meisten von Ihnen, dass dies auch nicht meiner Auffassung entspricht. Ein solches Ergebnis – so meine feste Überzeugung – würde uns zudem in einigen Jahren in ein noch tieferes Dilemma stürzen, dessen wir uns aber bereits heute bewusst werden müssen. Wenn wir – wovon ich ausgehe – mit aller Kraft dafür arbeiten wollen, dass der Europäische Verfassungsvertrag Wirklichkeit wird, dann werden wir nach seiner Verabschiedung als nationale Parlamente künftig deutlich stärkere neue Rechte und Pflichten im Rahmen der Subsidiaritätskontrolle wahrzunehmen haben. Die Notwendigkeit eines 30%-Quorums bei der Rüge einer Subsidiaritätsverletzung wird die Anforderungen an internationale Kooperation verviel-

fachen, bis in unsere Parlamentsausschüsse hinein. Sind wir uns dessen schon bewusst? Können wir unter derartigen Bedingungen wirklich ansonsten so weitermachen wie bisher? Ich glaube nicht.

Lassen Sie mich deshalb anhand von drei Komplexen nochmals zeigen, wo aus meiner ganz persönlichen Sicht durchaus Möglichkeiten wie Notwendigkeiten für eine Rationalisierung unserer interparlamentarischen Arbeit bestehen (wobei ich den Bereich der Nordischen Dimension ausspare, zu dem unser Kollege von Sydow gleich nach Absprache mit mir Ergänzendes vortragen wird):

- die Kooperation zwischen Europarat und OSZE-PV
- die Rolle der WEU
- der Mittelmeerraum.

*Erstens:* Zwischen dem Europarat und der OSZE bzw. zwischen ihren beiden Parlamentarischen Versammlungen gibt es vielfältige Überschneidungen, insbesondere in den Bereichen Wahlbeobachtung, Hilfen bei Demokratisierungsprozessen, Schutz von nationalen Minderheiten und neuerdings auch im Bereich Rassismus/Antisemitismus. Diese Aktivitäten werden zum Teil zwischen den Organisationen abgestimmt und Ressourcen gemeinsam genutzt, es gibt aber auch gegenteilige Beispiele. Abgrenzungsprobleme bestehen auch mit der Europäischen Union, die bisweilen als Konkurrenz empfunden wird, da sie zumindest für die derzeit 25 Mitgliedstaaten eine politisch wichtigere Rolle spielt, sich inzwischen auch zu vielen Themen äußert, die früher in der alleinigen Domäne der beiden Organisationen lagen, und mehr Beachtung in den Medien findet.

Beide parlamentarischen Versammlungen haben in Ihrer Spitze mittlerweile selbst erkannt, dass sie in vielfältiger Weise unfruchtbar nebeneinander her arbeiten. Beide Exekutiven diskutieren zurzeit, ob und wie sie zu einer klareren Abgrenzung von Aufgaben kommen können. Sollte es wirklich ausgeschlossen sein, dass wir, die nationalen Parlamente, hierzu sinnvolle eigene Vorschläge unterbreiten könnten?

*Zweitens* möchte ich auf die Rolle der **WEU-Versammlung** eingehen. Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) hat sich als ein dynamischer, durchaus eigenständiger Bereich des gemeinsamen und in Grenzen auch des gemeinschaftlichen Handelns erweisen. Die meisten Funktionen der WEU sind inzwischen auf die EU übergegangen. Der WEU verbleiben nunmehr nur noch residuale Aufgaben. Der WEU-Rat hat seit November 2000 nicht mehr auf Ministerebene getagt. Unter den Mitgliedern der WEU besteht weitestgehend Konsens darüber, den geänderten Brüsseler Vertrag zu kündigen, wenn der EU-Verfassungsvertrag in Kraft tritt. Dies hätte auch die Auflösung der WEU-Versammlung zur Folge.

Aber heißt dies, dass wir in diesem Kontext nur die Rolle der Abwartenden einzunehmen haben? Was geschieht (was uns erspart bleiben möge), wenn der Ratifizierungsprozess des Europäischen Verfassungsvertrages scheitert? Führen wir die WEU dann in ihrer jetzigen Form unverändert fort?

Als wesentliches Beispiel für die Gründung von neuen interparlamentarischen Versammlungen möchte ich *drittens* auf den **Mittelmeerraum** verweisen. Einige der oben benannten Versammlungen beschäftigen sich auch mit dem Mittelmeerraum, so z. B. die NATO PV in ihrer ‚Sondergruppe Mittelmeer‘ oder das ‚Mittelmeerforum‘ der OSZE PV. Die verstärkte Zusammenarbeit im Mittelmeerraum hat auch zur Gründung der ‘Euromediterranen Parlamentarischen Versammlung‘ geführt. Diese bietet für die nationalen Parlamente der EU und der

südlichen Anrainerstaaten des Mittelmeers sowie für das europäische Parlament ein Dialogforum zum Barcelona Prozess. Obwohl ich dieser Zusammenarbeit große Bedeutung beimesse, beobachte ich mit einigem Unbehagen Tendenzen zur Gründung weiterer Gremien im Mittelmeerraum. Am 7. Februar 2005 beschlossen die Teilnehmer auf der 4. Interparlamentarischen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum in Nafplion, Griechenland, die Umwandlung dieser Konferenz in eine Parlamentarische Versammlung des Mittelmeerraumes. Der Bundestag war zwar bei den Konferenzen des Vorläufers assoziiertes Mitglied, seit der Gründung der EUROMED PV sehen wir aber keine Notwendigkeit mehr für eine weitere Beteiligung.

Was aber folgt daraus? Bleibt dies wie bei uns in der jeweiligen Entscheidung jedes nationalen Parlaments (natürlich ein unbestrittenes Recht)? Oder haben wir auch ein *gemeinsames* Interesse an einer möglichst effektiven Form unserer Kooperation in dieser so wichtigen Region?

Anrede,

Sie sehen, ich selbst habe immer noch eine ganze Reihe von Fragen, sehe auf den verschiedenen Feldern durchaus noch Rationalisierungs- und Veränderungsbedarf. Die Zusammenfassung der Ergebnisse unserer Fragebogenauswertung gibt allerdings *keinerlei* Mandat, Ihnen in dieser Richtung irgendwelche Vorschläge zu unterbreiten. Schließlich sind wir ein Forum, das seine Arbeit auf das Prinzip des Konsenses gründet. Deshalb schließe ich meinen Bericht mit einem gewissen Ausdruck der Ratlosigkeit und der Feststellung eines Dilemmas. Aber vielleicht hat ja der eine oder die andere unter Ihnen geeignete Vorschläge, mir und uns aus diesem Dilemma herauszuhelfen.